

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., halbjährlich 36.— Mk., jährlich 72.— Mk. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Zeile 1,80 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 285

Mittwoch, den 7. Dezember 1921

12. Jahrgang

England und die Abänderung der Reparationen.

Eine Rede des englischen Schatzministers.

In einer Rede in Manchester über die Finanzlage behandelte der britische Schatzminister Sir Robert Horne eingehend die Frage der deutschen Reparationen und sagte, in Frankreich scheine eine gewisse Notorgans zu bestehen über die Unterredungen, die er mit Matheson gehabt habe. Man scheine unter den Alliierten zu befürchten, daß hinter ihrem Rücken ein Übereinkommen getroffen werde. Diese Fälschung auf Seiten einiger der Alliierten beruhe vollkommen auf einem Mißverständnis. England werde natürlich kein Übereinkommen eingehen, ohne sich mit seinen Alliierten darüber zu beraten, und zwar nicht nur mit Frankreich.

Der Schatzminister erklärte weiter, solange deutsche Reparationen in Betracht kämen, solle England stets den Grundtatbestand, sein Budget wäre es, auf dem irgendwelches aufzubauen, was von seinen Feindlands Einkommen könnte. Man wolle weiter bei diesem Grundtatbestand bleiben. Deutschland könne jedoch, daß es die Summen nicht bezahlen könne, die im Januar und Februar fällig werden, und es erlaube ihm Aufschub. Dies sei eine Aufgabe, die alle Alliierten gemeinsam erörtern und einstimmig beantworten müßten.

Der Zusammenbruch Deutschlands, sollte er unglücklich durch irgendwelche Aktion von Seiten der Alliierten herbeigeführt werden, wäre ein Unheil nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die Welt. Man sei heute hauptsächlich daran, daß in Europa so viel umgeworfene Länder seien. Deutsches Reich und Rußland, die Kunden Englands waren, seien nicht mehr in der Lage, die englischen Waren zu kaufen. Wenn zu diesen Kunden noch ein sehr reiches Deutschland hinzukäme, so würde die Katastrophe in Europa unberechenbar sein. Wenn jedoch Zugeständnisse gemacht werden sollten, so müßte man zunächst eine Bedingung in Betracht ziehen. Deutschland als Ganzes sage, es könne die geschuldeten Reparationen nicht bezahlen. Deutschland tue jedoch verbotene Dinge, die gegen die Möglichkeit wirkten, daß es seine Verpflichtungen erfülle. So leiste die Regierung Beiträge für den Brotpreis in Deutschland. Dies gelte auch auf Kosten der Steuerzahler. Dies führe zu einem Nachschub in den Staatseinkünften und dazu, daß der deutsche Industriemittelstand in der Lage sei, seine Arbeiter mit niedrigeren Löhnen zu bezahlen infolge der Brotpreisbeihilfe, die der Staat zahle. Auch in anderer Hinsicht interveniere Deutschland den Unternehmern. Die Eisenbahnen würden vom Staat mit Verlust betrieben. Dies hätte einen neuen Verlust für seinen Haushalt zur Folge und setze die deutschen Industriellen in die Lage, ihre Waren billiger zu verkaufen, als dies der Fall sein müßte. Die Stoffen würden heute in Deutschland für die Hälfte des Preises verkauft, der überall in der Welt dafür bezahlt werde. Dies sei eine andere Form von staatlicher Beihilfe.

Horne erklärte zum Schluß: „Wenn wir auf unseren gerechten Anspruch auf deutsche Reparationen verzichten wollten, selbst für einen Zeitraum, was wir nach meiner Ansicht nicht beschließen würden, aber gesetzt den Fall, daß es geschieht, so ist es klar: Deutschland muß die Beihilfe aufgeben, um sich in die Lage zu versetzen, seine rechtmäßigen Verpflichtungen gegenüber den Völkern, denen es sie schuldig ist, zu erfüllen. Deutschland kann auch durch die Steuereinkünfte seine Ausgaben decken (?). Innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes muß Deutschland auch die Ausgabe von Papiergeld einstellen, um sein Defizit auszugleichen.“

Die Sowjetrepublik in Gefahr!

Ein Alarmbefehl Lenins.

Durch den bisherigen Mißerfolg der Nationalisten veranlaßt, hat Lenin einen dringenden Befehl erlassen, der eine weitgehende Mobilisierung der kommunistischen Kräfte innerhalb von zwei Wochen beizutreiben. Die Sowjetregierung erklärt dazu, die Sowjetrepublik sei in Gefahr. Wenn nicht sofort durchgegriffen wurde, so werde die diesjährige Ernte an Getreide und Vieh zerstört und später werde es durch Feinde der Revolution gelingen, auch nur das notwendige Existenzminimum beizutreiben; infolgedessen läge eine Krise im Bereich der Nützlichkeit, die, wie die Moskauer „Pravda“ be-

merkt, „einer Agonie (Todeskampf) gleichkäme“. Nach dem infolge der Mißernte reduzierten Vorratsschlag sollte der Mindestertrag der Getreidebauer nebst anderen Einkünften für das Gebiet der Sowjetrepublik 160 Millionen Rubel ausmachen, wozu noch 15 Millionen durch den Warenaustausch beschafft werden sollten. Von diesem Minimalprogramm von insgesamt 175 Millionen Rubel sind bisher nur 80 Millionen, also nicht einmal die Hälfte, tatsächlich eingebracht worden, und in den letzten Wochen gehen die Erträge in erschreckendem Maße zurück. Auch die Zuschüsse der Sowjet-Union bleiben mit 49 Millionen Rubel hinter dem auf 57 Millionen berechneten Vorratsschlag weitestgehend zurück.

Lösung der irischen Frage.

In den in der letzten Nacht abgehaltenen Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und den Irishmen wird noch mitgeteilt, daß die Verhandlungen von 11.30 Uhr abends bis 2.20 Uhr morgens dauerten. Von maßgebender britischer Seite wurde die Mitteilung gemacht, daß ein Übereinkommen erzielt worden sei. Von amerikanischer Seite wird erklärt, daß das Übereinkommen dem Parlament zur Erörterung unterbreitet werden wird. Eine Abschrift des Übereinkommens ist durch einen Sonderboten nach Craig geschickt worden. „Daily Chronicle“ berichtet über die irischen Verhandlungen, daß die Schwierigkeiten des Friedens erleichtert worden seien und es sei eine neue Normel gefunden worden und die Verhandlungen gehen weiter.

Schatzminister Horne machte in einer Rede Einzelheiten des Abkommens in der irischen Frage bekannt. Die Hauptbedingungen der Regelung sind folgende: Mit einem einzigen Vorbehalt wird Irland in dieselbe Lage versetzt wie Canada, Australien, Neuseeland und Südafrika. Es wird den Namen „Irish Free State“ erhalten. Süd-Irland ist darin in eigenem Sinne. Die Vertreter Irlands sind bereit, dem irischen Parlament zu empfehlen, daß der neu gebildete irische Freistaat nicht einen Vertrag des Verbandes mit dem britischen Reich abschließen, sondern in das britische Reich eintritt. In Finanzfragen hat das irische Parlament die Führung. Irland übernimmt einen angemessenen Teil der nationalen Schulden und der Kriegsausgaben. Diese Bedingungen werden beiden Kammern des britischen Parlaments im neuen Jahr unterbreitet werden. Wenn diese nicht zustimmen, wird das englische Volk eine baldige Gelegenheit zur Entscheidung erhalten.

Wie verlautet, wird das Parlament so schnell wie möglich zusammenberufen werden. Die Einberufung steht mit der Ratifikation des irischen Abkommens im Zusammenhang.

Deutschland ersucht um englischen Kredit.

Berlin, 7. Dez. „Volkswacht“ und „Tageblatt“ berichten, die Reichsregierung habe sich an ein führendes englisches Bankunternehmen mit der Frage gewandt, ob es dem Deutschen Reich einen Kredit von 25 Millionen Pfund Sterling bewilligen wolle, und daß es sich bei dieser Anfrage um ein Schreiben der Reichsregierung an den Präsidenten der Bank von England handelte. Das Schreiben sei am Freitag der vergangenen Woche abgefaßt worden. Die Antwort darauf sei nicht vor Ende dieser oder Anfang nächster Woche in Berlin zu erwarten. Die Kisten von einer Korrespondenz verbreitete Meldung, daß die Kreditation der Industrie als gescheitert anzusehen sei, wird von den Mätern als vollkommen falsch bezeichnet. Die Tatsache, daß die Verhandlungen Matheson in London weitergehen, wird von den Zeitungen als ein günstiges Zeichen angesehen.

Die Kommunistenverfolgungen in Polen.

In Lodz hat ein umfangreicher Prozeß gegen 31 Personen stattgefunden, die wegen kommunistischer Umtriebe des Hochverrats angeklagt waren. Gegen 15 Personen wurde auf Zuchthausstrafe bis zu acht Jahren erkannt, die übrigen wurden freigesprochen. Während der Schlussreden der Angeklagten kam es zu heftigen Schmähungen unter dem Publikum. Ein ähnlicher Prozeß mit 6 Angeklagten hat in Krakau stattgefunden.

Die Krisen der „Radikalen“.

Es ist bekannt, daß sich die Parteien und die Parteiführer, die sich seit 1918 von der großen bis dahin einzigen sozialdemokratischen Partei getrennt haben, in einem Zustand der dauernden Krise befinden. Dieser Zustand hat sich in der letzten Zeit noch ganz wesentlich verschärft. Der Kommunismus zerfällt heute mindestens in drei Gruppen: Die kommunistische Arbeiterpartei (Rechte), die kommunistische Partei (Mitte) und die kommunistische Arbeiterpartei (Links). Die Partei der Unabhängigen ist organisatorisch noch einheitlich, aber je weiter ihr Niedergang fortgeschritten, desto deutlicher treten auch in ihr zwei deutlich voneinander getrennte Richtungen hervor.

Für die Beurteilung der Vorgänge im Kommunismus liefert jede neue Nummer der Revistischen Zeitschrift „Unser Weg“ interessantes Material. In der letzten erschienenen Dezember-Nummer finden wir u. A. einen Artikel von Dr. Kurt Geyer, der dem Traum, die kommunistische Partei könne einmal die Sozialdemokratie ablösen, in folgenden bitteren Worten den Abschied gibt:

„An diese historische Rolle der kommunistischen Partei Deutschlands glauben wir nicht mehr. Wir kennen die kommunistische Partei, ihre völlige Unfähigkeit, die geschichtliche Situation zu begreifen. Wir kennen die Führer ihrer Partei und haben eben erst wieder eine erschreckende Probe ihrer Unfähigkeit verzeichnet.“

Darüber sind alle intelligenten ehemaligen Mitglieder der kommunistischen Partei einig, daß diese Partei eine verlorene Sache ist, daß aus dieser Geschichte niemals mehr etwas Neues wird. Aber der Mut zum Bekenntnis, daß alles Absterben von den Wegen einer großen, einzigen sozialdemokratischen Partei nur ein Zusammengehen zu immer neuen Arrangements und Fehlern gewesen ist, fehlt diesen Leuten noch, und so hält in ihrem Innern jetzt die Hoffnung auf die Gründung einer neuen sozialrevolutionären Partei. Levi und die Leviiten möchten gerne ihrer Gruppe den linken Flügel der Unabhängigen angliedern, um dann durch das verstärkte Schwergewicht der Masse — wenn in diesem Zusammenhang von „Masse“ die Rede sein darf — eine stärkere Anziehungskraft auch auf die Elemente zur Linken auszuüben. Die Levi-Gruppe soll also der Kern einer neuen Zusammenfassung sein, die wieder vereinigt, was auf dem Parteitag von Halle unter gültiger Assistenz des Sowjet-Gesandten Einmütig getrennt worden ist.

Der Gedanke dieser Wiedervereinigung findet bei dem linken Flügel der Unabhängigen um Rosenfeld, Crispian und Lebour lebhaftes Entgegenkommen, während er bei dem rechten Flügel der Unabhängigen, der besonders durch die Redaktion der „Freiheit“ repräsentiert wird, auf ebenso starke Abneigung stößt. Der rechte Flügel der Unabhängigen will keine Galvanisierung der radikalen Linken, sondern er strebt der Herstellung einer wirklichen Einheitsfront des Proletariats zu, und er weiß genau, daß diese ohne die große, festgefügte, alte sozialdemokratische Partei immer ein Traum bleiben wird. In ihrer Nummer vom letzten Sonntag veröffentlichte die „Freiheit“ einen Zeitartikel, der, wenn auch in recht vorsichtigen Ausdrücken, doch in diesem Sinn geschrieben ist. Darin heißt es:

„Wir müssen dem sozialistischen Gedanken wieder die Verbekräftigung geben, die er in der alten Sozialdemokratie hatte. Die letzten vergangenen Jahre haben gezeigt, daß trotz der bestehenden Gegenstände ein gemeinsames Arbeiten für die nachfolgenden praktischen Aufgaben recht wohl möglich ist.“

Dieser Artikel hat in der Generalversammlung der Unabhängigen von Berlin-Brandenburg, die am demselben Tage stattfand, eine lebhafteste Debatte hervorgerufen. Eine Reihe von Rednern wandte sich gegen diesen Artikel. Besonders heftig tat dies Dr. Kurt Rosenfeld, der die kommunistische Redensart nachplapperte, die bekannten Enthüllungen des „Vorwärts“ über die Märzaktion hätten nur den Zweck gehabt, die im Entstehen begriffene „Einheitsfront des Proletariats“ zu zerstören.

Die große soziale revolutionäre Partei ist also heute die letzte Hoffnung derer, die begriffen haben, daß rechte U.S.P., linke U.S.P., K.A.G., K.P.D. und K.A.P.D., daß dieses ganze tabakistische Buchstabenpiel nichts anderes mehr als kindischer Unsinn ist, und die dennoch nicht den Mut haben zu bekennen, daß nur noch der eine Weg der Rückkehr zur alten sozialdemokratischen Partei offen-

40 Millionen Vorschußzahlungen

an Beamte und Angestellte.

Stadterordnetenversammlung

am Dienstag, den 6. Dezember 1921.

Vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung wurde über einen Eingeklagtenantrag des Senats über die Vorschußzahlung an die städtischen Beamten und Angestellten verhandelt, nachdem die Eingeklagte einstimmig beschloß worden war. Die Vorlage des Senats verlangte, daß die den unmittelbaren Staatsbeamten zuzurechnenden Gehälter für das erste Vierteljahr 1922 schon jetzt ausbezahlt werden sollten. Den Angestellten sollten die Gehälter für die Monate Januar und Februar im Voraus gezahlt werden. Die nach dem 1. Oktober 1921 eingetretenen Angestellten sollten nur das Januargehalt im Voraus erhalten. Am 1. Januar sollte dann kein Gehalt gezahlt werden.

Vom Stadtv. Kunze (M. S. P.) lag folgender Antrag vor:

- für die Beamten der Kommunalverwaltung der Stadtgemeinde Danzig sowie sämtlichen Lehrern nach den jetzt geltenden Gehältern einen Vorschuß in Höhe des für das vierte Kalendervierteljahr gezahlten Gehältes zu zahlen;
- für die Angestellten der Gruppe 3 der Kommunalverwaltung der Stadtgemeinde Danzig nach den jetzt geltenden Gehältern einen Vorschuß in Höhe des für das vierte Kalendervierteljahr gezahlten Gehältes zu zahlen;
- für die Angestellten der Gruppe 4 der Kommunalverwaltung der Stadtgemeinde Danzig einen Vorschuß in Höhe des dreifachen Betrags des jetzt bestehenden Monatsgehaltes — nach Erhöhung des Ausgleichszuschlages bei 100 Prozent — zu zahlen.

Nachrechnungen etwaiger Vorschüsse, die aus Aufschub der Tarifverhandlungen an die Angestellten der Gruppe 4 gezahlt sind, finden hierbei nicht statt. Die Verrechnung der Vorschüsse erfolgt:

a) für die Angestellten der Gruppe 4 werden die bisher gezahlten Vorschüsse bei der Nachzahlung der aus den Tarifverhandlungen hervorgegangenen neuen Gehaltsätze verrechnet;

b) die durch diesen Antrag an die Beamten, Lehrer und die Angestellten der Gruppe 3 und 4 gezahlten Vorschüsse in Höhe eines Vierteljahresgehaltes werden bei Inkrafttreten des neuen Dienstvertrages bzw. bei den Nachzahlungen aus diesem verrechnet.

Die Gehaltszahlungen der Beamten und Angestellten werden hierdurch nicht berührt, so daß am 1. Januar für die Beamten das laufende Vierteljahresgehalt und am 1. Dezember für die Angestellten das laufende Monatsgehalt usw. fällig wird.

Stadtv. Kunze (M. S. P.) begründete den Antrag. Der Senat habe einstimmig beschlossen, den dreifachen Vorschuß an Beamten und Angestellten im Hinblick auf die zu erwartende Gehaltssteigerung einen Vorschuß in Höhe eines Vierteljahresgehaltes zu zahlen. Die Beamten und Angestellten der Kommunen sollten den gleichen Anspruch haben. Die Senatsvorlage sieht jedoch keine Vorschußzahlungen vor, sondern daß am 1. Januar fällige Gehalt soll einige Wochen früher gezahlt werden. Damit ist den Beamten nicht gedient. Der Antrag der M. S. P. sei zweckentsprechender. Die Angestellten müßten ebenfalls ein Vierteljahresgehalt als Vorschuß erhalten. Am 1. Januar dürfte keine Verrechnung der Vorschüsse erfolgen. Dies könne erst bei Inkrafttreten der neuen Besoldungsordnung geschehen. Medner bittet, den Antrag seiner Fraktion anzunehmen.

Die bürgerlichen Parteien brachten folgenden Antrag ein:

Die für die Beamten, Lehrer und Angestellten der freien Stadt Danzig geltende Regelung ist auch auf die Beamten, Lehrer und Angestellten der Stadtgemeinde Danzig mit der Maßgabe anzuwenden, daß an alle ein Vorschuß in Höhe der gesamten Bezüge für ein Vierteljahr nach der jetzigen Besoldungsordnung gezahlt wird. An diejenigen Angestellten, die nach dem 1. 10. 21 eingetreten sind, ist ein Vorschuß in Höhe der 12 fachen Monatsbezüge zu zahlen. Die Zahlung dieser Vorschüsse erfolgt ohne Rücksicht auf die am 1. 1. 22 und ferner fälligen Gehaltsbezüge der Beamten und Angestellten. Die Deckung dieser Vorschüsse hat vielmehr in Raten aus den Mehrbezügen der neuen Besoldungsordnung zu erfolgen. Mit der Auszahlung der Vorschüsse ist am 7. 12. zu beginnen.

Stadtv. Mohde (D. P.) führte in der Begründung dieses Antrages aus, daß die Forderung der Beamten über den Vorschuß des Volkstages durch die Inkraftsetzung des Antrages durch den Senat stark gemildert sei. Es werde zwar immer betont, die Regelung der Gehälter erfolge gleich denen im Reich, aber im Reich sind die erhöhten Gehälter schon vor 4 Wochen gezahlt worden. Jetzt beabsichtigt der Senat am 12. 1. 22 die Vorschüsse zu zahlen, die am 1. Januar wieder verrechnet werden sollen. Diese Maßnahme sei unsozial, denn dann seien die Beamten und Angestellten am Anfang Januar ohne Geld. Es sei auch nicht richtig, daß man denen, die am meisten bedürftig sind, die kleinsten Vorschüsse auszahlen will.

Stadtv. Scheller (D. P.) beantwortet eine Erhöhung der Bezüge der Hinterbliebenen der städtischen Lehrer.

Stadtv. Zahn (M.) teilte mit, daß man schon im Hauptantrag des Volkstages den Auslegungssünden des Senats vor Tr. Blichem entgegengetreten sei. Die Verrechnung dürfe erst erfolgen, wenn die Beamtenbesoldungsordnung fertiggestellt ist. Bedauerlich sei, daß der Senat die Vorschüsse des Volkstages verdränge. Die bürgerlichen Parteien hätten keinen Grund, über Klagen über die Not der Beamten anzuhören. Bei den Beratungen über die Ausgleichszuschläge der Beamten im Volkstage sind die Verbesserungsanträge der Linken von den bürgerlichen Abgeordneten niederkommen worden. Es sei zweckmäßig, Vorschüsse in Höhe eines Vierteljahresgehaltes zu zahlen und dann, wenn durch das Volkstagesgehalt mit Polen eine starke Preiserhöhung der ganzen Arbeit zu machen. Die kommunalistische Fraktion werde für den Antrag der M. S. P. stimmen.

Stadtv. Man (M. S. P.) war erfreut über die Vorlage des Senats. Der Hauptantrag habe dem Antrag eine Stellung gegeben, die den Senat zwingt, die Vorschüsse nach den Wünschen des Ausschusses zu zahlen. Auch die bürgerlichen Vertreter im Hauptantrag haben sich gegen die Auslegung des Vizepräsidenten Blichem gewandt.

Stadtv. Braun (Zentrum) erklärte, daß die Beamten das Vertrauen zum Senat verloren haben. Die Forderungszahlen erscheinen immer viel zu spät. Die Erhöhung der Tarifverträge beweise, wie groß die Not der Beamten ist. Der Antrag Mohde erscheine als die zweckmäßigste Lösung.

Stadtv. Ruhn (D. P.) betont, daß im Volkstag kein Unterschied in der Forderung der Beschäftigten gemacht wurde. Deshalb solle man die städtischen Angestellten nicht schlechter stellen. Die Vorschüsse müssen sofort gezahlt werden, da die Angestellten sonst genug auf ihre Forderung gewartet haben. Wäre die Auszahlung vor vier Wochen erfolgt hätte man für die gleiche Summe Geldes das Doppelte kaufen können. Medner empfiehlt den Beamten ihre Gehaltsforderungen gemeinsam mit den Angestellten zu vertreten.

Präsident Zahn erklärte, daß den Beamten und Angestellten schnell geholfen werden müsse. Er habe gehofft, daß die Angelegenheit ebenso schnell wie im Deutschen Reich erledigt werden würde. Die Vorschußzahlungen bilden eine gewaltige Last für Staat und Kommunen. Die Ausgabe beträgt

40 Millionen Mark.

Das ist ungefähr der Betrag, den die Einkommensteuer aufbringt (41 Mill. Mark). Es ist nach Überwindung vieler Schwierigkeiten gelungen, die notwendigen Mittel zu beschaffen. Donnerstag erfüllt jeder Angestellte und Beamte 20 000 Mark, der Rest wird am Montag gezahlt.

Ein von der Rechten gestellter Schlußantrag wird abgelehnt.

Stadtv. Sen. Zemanek gab eine kurze Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion ab, daß diese die Forderung der Beamten und Angestellten anerkennt und für den Antrag Kunze stimmen werde.

Stadtv. Dr. Herrmann (D. P.) wünscht eine Uebersicht über die von der Stadt beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Stadtv. Sen. Ziffel wies darauf hin, daß die bürgerlichen Parteien bisher mit dem Senat durch die und durch gegangen sind. Alle Beschlüsse des Senats wurden von den bürgerlichen Fraktionen mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Fraktion nicht einstimmig, acht man gegen ihn vor. Die Sozialdemokratische Fraktion des Volkstages habe für den Antrag gestimmt, der an alle Beamten und Angestellten Vorschüsse nach gleichen Grundsätzen verteilt. Hier will man eine Gruppe der Angestellten schlechter stellen. Das Eintreten der Sozialdemokratischen für die Beamten und Angestellten ist nur Schein. Der Antrag Kunze entspricht dem Wunsch des Volkstages, deshalb werden wir für diesen Antrag stimmen.

Stadtv. Kunze (M. S. P.) stellte fest, daß die steigende Forderung mit den Ziervorlagen des Senats begonnen hat. Der Vorschlag des Volkstages über die Vorschußzahlungen ist klar und kann nicht mißverstanden werden, trotzdem vertritt der Senat etwas hinterzulegen, was ungünstig für die Beamten ist. Medner tritt dann für die Gruppe 4 der Angestellten ein.

Stadtv. Mann (D.) erklärt den bürgerlichen Fraktionen, daß sie die Forderungen der Beamten und Angestellten bei gutem Willen durchsetzen können, da ja der Senat aus Vertretern der bürgerlichen Parteien gebildet ist. Es hat keinen Zweck, den Beamten und Angestellten jetzt das Gehalt zu zahlen und am 1. Januar wieder zu verrechnen. Dies darf erst erfolgen, wenn das Beamtenbesoldungsgehalt angenommen ist. Zwischen Beamten und Angestellten dürfe kein Unterschied gemacht werden.

Präsident Zahn antwortete, daß im allgemeinen Beamte und Angestellte gleichmäßig behandelt werden sollen. Eine Ausnahme in der Auszahlung des Vorschusses solle nur bei den Angestellten geschehen, die nach dem 1. Oktober eingetreten sind.

Stadtv. Meinte (Zentrum) betonte, daß die Vorschußzahlungen nur Nothbehelf sind. Die Angelegenheit müsse endlich durch eine Besoldungsordnung geregelt werden. Dabei müsse man auch an die im Ruhestand lebenden Beamten denken.

Da weitere Vermittelungen nicht vorliegen, erfolgt die Abstimmung. Der Antrag Kunze wird mit 20 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmte die Linke einschließlich der Polen und die bürgerlichen Stadtv. Keruth, Ruhn, Lorenz, Riß und Frau Ping von der Deutschen Partei.

Der Antrag Mohde (bürgerliche Parteien) wurde dann gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Es erfolgte alsdann die

2. Beratung sämtlicher Haushaltspläne für das Jahr 1922.

Eine Reihe von Eats wurde in der Beratung der ersten Beratung angenommen. Bei dem Etat der

Schulverwaltung

fielte Stadtv. Frau Sen (M. S. P.), daß die Reinnachfrauen in den Schulen nicht als Angestellte des Senats, sondern als solche des Hauswerts angesehen werden, mithin auch nicht die Prezulage und das Kindergeld erhalten.

Stadtschulinspektor Steinbrecher antwortete, daß der Schulausschuss entschieden hat, daß diese Frauen als Angestellte des Hauswerts gelten.

Stadtv. Breißel (Polen) mahnte den Senat, dafür Sorge zu tragen, daß für die polnischen Schulen rechtzeitig Räume hergerichtet werden.

Stadtv. Mohde (D. P.) erinnerte an den Beschluß der Stadterordnetenversammlung, die Vertretungskosten für Lehrerinnen auf 800 000 Mark zu erhöhen.

Stadtv. Dr. Herrmann beschäftigte sich mit den Vertretungskosten der Beamten, die Mitglieder des Volkstages sind. Nach der Re. Fassung brauchen Beamte, die Volkstags-

abgeordnete sind, nicht um Urlaub einkommen, für die Zeit, die sie im Parlament tätig sind. Es sei ihm jedoch zu Ehren gekommen, daß verschiedene Lehrer, die Volkstagsabgeordnete sind, nicht nur Urlaub für die Zeit ihrer parlamentarischen Tätigkeit, sondern für das ganze Jahr in Anspruch nehmen. Dadurch würden die Vertretungskosten bedeutend erhöht. Der Volkstag mache doch größere Pausen, die es einem Lehrer wohl ermöglichen, seine Verwaltungsgeschäfte zu erledigen. Der Medner fragt ob es dem Senat bekannt sei, daß ein Rektor (Herrn: Matkewich) ein ganzes Jahr Urlaub hat und ob er diesen Zustand abändern könne. Andere Volkstagsabgeordneten seien neben ihrer parlamentarischen Tätigkeit auch ihre Berufsarbeit.

Senator Dr. Strunk antwortete, daß die Vertretung der früheren Staatsbediensteten erneut geplant, und dadurch Räume für die politischen Schulen frei werden. Mit der Erhöhung der Vertretungskosten auf 800 000 Mark sei der Senat einverstanden. Von der finanziellen Seite aus betrachtet, bilden die Vertretungskosten für Volkstagsabgeordnete eine harte Belastung des Etats, da jede Vertretung etwa 80 000 Mark kostet. Es hängt von der persönlichen Auffassung des Abgeordneten ab, ob er seinem Berufe nachkommt. Die Volkstagsabgeordneten bedürfen keines Urlaubs, deshalb könne der Senat auch keinen Druck ausüben.

Stadtv. Sen. Ziffel erklärte, daß es sich bei dieser Anfrage nur um den Rektor Matkewich handelt. Dieser habe den Mut gehabt, öffentlich zu sein und zu erklären, daß er die rassistische Unterrepräsentation der Kräfte in der Deutschnationalen Volksfraktion nicht mitmachen könne. Sen. Ziffel verlangte die Erhöhung der Summe für Vermittel, weil mit den vorgezeichneten Mitteln nichts anzufangen ist.

Senator Dr. Strunk erklärte, daß Dr. Herrmann schon vor dem Auscheiden Matkewich' aus der Deutschnationalen Fraktion in der Schuldeputation über die Vertretungskosten der Volkstagsabgeordneten Auskunft verlangt habe. Der Senat habe die Notwendigkeit der Erhöhung der Summen für Vermittel anerkannt und durch eine Veranschlagung darauf aufmerksam gemacht, daß Staatsüberstellungen zulässig sind.

Stadtv. Dr. Herrmann (D. P.) erklärte, daß er die Anfrage nicht wegen des Rektors Matkewich gestellt habe, sondern er sei empört, daß öffentliche Mittel so vergeudet werden. Der Schulleiter wurde alsdann in zweiter Lesung genehmigt.

Der Etat des

Kinders- und Waisenhaus P. Sonten

gab der Stadtv. Frau Sen Bescheid, einige Anträge zu stellen. Die beantragte Schließung der Schule, Entfernung der Frau Meinerdorf, Anstellung einer Sozialbeamten als Mutter und Oberin, Anstellung einer Wirtschaftlerin, der im Etat vorgezeichneten Hausangestellten und, einer Wäscherin. Die Forderungen wurden von der Antragstellerin im einzelnen bearbeitet. Insbesondere müsse die Frau Meinerdorf entfernt werden, die wohl nicht die geeignete Persönlichkeit für dieses Amt sei. Auch fehle jegliche Kontrolle über den Verbrauch der Lebensmittel, die für die Kinder bestimmt sind. Auch seien die Räume unfreundlich und ein Teil des Erziehungsvorstands seiner Aufgabe nicht gewachsen.

Der Externent Dr. Bauer antwortete, daß die Stadterordnetenversammlung zwei weibliche Stadterordnete gewählt habe, die derartige Mißstände dem Dezernenten vorlegen und dann für Abhilfe sorgen sollen. Er habe davon jedoch nichts gehört.

Sämtliche Anträge werden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Bei dem Haushaltsplan des

Jugendamts

wünschte Stadtv. Frau Sen (M. S. P.) die Einstellung von Schulpflegerinnen, auch ohne Nachweis von behandelten Prüfungen, wenn die sich Bewerbenden Erfolge in der praktischen Arbeit nachweisen können. Ferner wünschte Mednerin, die Vermehrung der Stellen in der Kinderkrippe.

Das Spends- und Waisenhaus in Langfuhr

soll ebenfalls durch 2 Stadterordnete jederzeit kontrolliert werden können.

Stadtv. Frau Sen machte bei dem Etat des

Siechenhauses

den Vorschlag, in die leerstehenden Räume ein Heim für gefährdete Säuglinge unterzubringen. Die Schwester, die die ankommenden Mädchen in Empfang nimmt, möge mit den Mädchen menschlicher verfahren. Mednerin kritisierte scharf, daß die Mädchen nur dann Urlaub zum Suchen nach Arbeit erhalten, wenn sie die Säuglinge mitnehmen. Das sei ein Zustand, der sofort abgeändert werden müsse.

Um 1/2 12 Uhr wurde die öffentliche Sitzung auf heute nachmittag 4 Uhr vertagt.

Danziger Nachrichten.

Verband der angestellten Dentisten und Helferinnen. Unter diesem Namen ist vor kurzem eine Vereinigung mit dem Sitz in Berlin gegründet worden, die es sich zur Aufgabe stellt, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aller bei Zahnärzten, in Zahnkassen und Laboratorien beschäftigten Angestellten zu heben. Diese Angestellten arbeiten unter so menschenunwürdigen Verhältnissen und in so langer Arbeitszeit, wie kaum eine andere Berufsgruppe. Die Bezahlung geht wohl selten über die Erwerbslosenunterstützung hinaus. Das derart ungünstige Zustände überhaupt eintreten konnten, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß es bis jetzt an einer freierwerbschaftlichen Organisation für diesen Beruf fehlte. Es besteht zwar ein Verein der nichtselbständigen Dentisten; dieser konnte aber für die angestellten Dentisten und Helferinnen nichts leisten, weil er auch zahlreiche Arbeitgeber zu seinen Mitgliedern zählt. Aufgabe der in der Berufsgruppe Beschäftigten ist es nun, den neuen Verband der angestellten Dentisten und Helferinnen zu einer starken und leistungsfähigen Kampforganisation zu gestalten. Es ist dringend notwendig, daß alle in Frage kommenden Angestellten sofort ihren Beitritt zu der jungen Organisation, welche dem A. S. Land angeschlossen ist, vollziehen. Auskunft erteilt das A. S. Sekretariat Danzig: Gesellschaftsplatz 1-2, Zimmer 50.

Danziger Nachrichten.

Wie entwickelte sich der Mensch?

Eines der interessantesten Gebiete aus dem großen Reiche der Naturwissenschaft ist das Problem der Abstammung des Menschen. Wie der Mensch geworden ist, wie die Rinde vom Neandertal-Menschen unter anderem zu bewerten sind, bewegen noch immer die Forscher. Aber auch der Laie dringt mehr hier ein in diese Probleme. Der Arbeiter-Bildungs-Ausschuß hat deshalb am Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr einen Vortrag über dieses Gebiet vorgesehn. Zum Vortragenden ist Gen. Fr. Ring gewonnen worden. Zahlreiche Lichtbilder werden den Vortrag ergänzen. Der Vortrag findet im Sitzungssaal der Gewerkschaften statt. Das Eintrittsgeld ist, um den Vortrag einem großen Kreis von Hörern zugänglich zu machen, auf 1 Mark festgesetzt. Die Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen und an der Abendkasse erhältlich.

Jungsozialistengruppe. Die nächste Versammlung findet am Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal der Arbeiter-Jugend Danzig, Weidengasse 2, Metterkaferne, 1. Treppe links, Zimmer 81, statt. Genosse Kurt Probst wird eine Einführung in das soziale Drama unter besonderer Berücksichtigung von „Armut“ von Müllers geben. Am Anschluß an den Vortrag soll „Armut“ mit verteilten Rollen gelesen werden. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, Fortbänder mitzubringen. In den Volksbibliotheken und Selbstbibliotheken ist das Buch leihweise zu haben. Die Mitglieeder werden gebeten, zu allen Zusammenkünften pünktlich zu erscheinen. Gäste sind willkommen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein verlangt in einer Eingabe an den Volkstag: 100 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete; ferner Nichtunterstellung der Geschäftsräume unter das Wohnungs- und Mietamt, und Ausschluß der Einkommenssteuer bei Einkommen über den Mietspreis ansetzen den Parteien. Der Ziehungsausschuß beschloß, die Eingabe als Material dem Senat zu überreichen.

Verhafteter Stillschlepper. Am 2. Dez., gegen 10½ Uhr abends, hat der Tasler Robert A. von hier eine 27-jährige Krankenpflegerin in ein Haus für auf dem 2. Stock gelockt, um ihr angeblich Unterhaken zu verschaffen. In dem dort befindlichen Keller gänge warf er sie zu Boden, verletzte ihr mehrere Faustschläge ins Gesicht und in die Schenkel, so daß die Person ohnmächtig liegen blieb und verging sich dann an ihr. Der Täter konnte am 3. Dezember von der Kriminalpolizei ermittelt und hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

Stadtmuseum. In den beiden, vor einigen Tagen gemeldeten Gemäldeausstellungen für die Städtische Galerie ist wiederum eine neue wertvolle Schenkung an das Stadtmuseum hinzugekommen. Es ist ein silberner Schalenfeld des Danziger Meisters Meißner, der 1878 hier gestorben ist. Die Restaurierung ist nun so wichtiger, als bisher noch kein Wert dieses Künstlers in Danzig zu finden war.

Das treue Dienstmädchen und ihr Praktikant. Wegen eines großen Einbruchsdiebstahls hatten sich der Arbeiter Karl Panitzki und das Dienstmädchen Erna Hoffmann in Danzig, beide in Haft, vor der Strafkammer zu verantworten. Die Witwe eines Generals in Danzig leitete die Anklage als Dienstmädchen. Als die Dame verurteilt wurde, wurde das Mädchen als Vertrauensperson mit der Verwaltung des Haushaltes betraut. Als die Dame verurteilt wurde, empfing die Anklage den Besuch ihres Verlobten, Reichsmittel. Er fand Wohlgefallen an dem großen Haushalt und führte das nächste Mal seinen Bruder mit ein. Die anwesende Haushälterin des Haushaltes und ihr Besuch machten sich nun daran, alle Sachen der Wohnung zu öffnen und die ganze Wohnung auszuräumen. Betten, Tische, Nähmaschine, die Erden des Generals usw. im Werte von 80000 Mark wurden ausgeräumt. Hoffmann kam dann mit dem Möbelwagen an, und wollte noch die Möbel holen, doch das treue Dienstmädchen öffnete nun nicht mehr die Türe und die Möbel verblieben der Dame. Hoffmann belohnte dann das Mädchen mit 500 Mark Geld und einem Reisepaß nach Deutschland. Die drei reisten dann nach Berlin und lebten hier herrliche Tage. Die Anklage wurde als Stiefmutter aufgefressen und eingeperrt. Sie wurde dann ausgetrieben. Die beiden Hoffmanns sind noch nicht abgeliefert. Panitzki soll im Jahr gefangen und aufbewahrt haben. Er bekennt, daß er mit dem Diebstahl in Verbindung stand. Das Gericht verurteilte die Dame gegen Panitzki. Die Hoffmann aber wurde zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei dem Strafantrag des Staatsanwalts bekam die Angeklagte einen Krampfanfall.

Schöneberg. In einer am Sonnabend hier abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach Gen. Art. Thra über die politische Lage. Eingehend schilderte er die Umstände, die zu der Entwertung der Mark und dadurch zur Teuerung führten. Nicht nur äußere Umstände sind an dem Valuta- und Währungsstand, sondern auch die hier herrschende Klasse, die Krieg- und Revolutionsscheiter, schädigen durch ihre wirtschaftliche Denkart. Die Teuerung ist ebenfalls nicht lediglich eine Folge der Geldentwertung, denn die Rohstoffe, die in den letzten Wochen gekauft wurden, sind noch gar nicht als Fertigfabrikate auf den Markt gelangt. Weiter sei ein großer Fehler, daß die Zwangswirtschaft so früh aufgehoben wurde. Dadurch werden zwar Waren auf den Markt gebracht, aber die Besitzer müssen schließlich die Gemeinheit aus. Dann unterzog der Redner den Verlust des letzten Jahres Großer Werder über die Verwendung der Mittel aus dem Ruppert Spielklub einer scharfen Kritik. Nicht, wie man vordem in alle Welt hinausposaunte, zu Fabrikatswerken will man diese Mittel verwenden, sondern zur Verminderung der Steuerlast, besonders der Pflichten, und dieses in einer Zeit, in der die Landwirtschaft Einnahmen hat, wie nie zuvor. Die Werder Bauern schwimmen direkt im Gelde. Nur 50000 Mark wurden zu Winterbeihilfen bewilligt; aber diese sollen nicht etwa den Arbeitslosen, Pensionärs usw. zugute kommen, sondern, wie der Landrat im Kreisblatt vom 30. November bekanntgibt, den Kleinrentnern, den sogenannten verschämten Armen. Außerdem wurden von diesem Gelde 10818 Mk. als Grundbesitz zur Errichtung einer Fleckenwohnung des Landrats bewilligt. Wie kommt der Kreisrat dazu, für diesen Zweck Mittel des Gemeinwohlverbandes zu verwenden? Der

Landrat ist Staatsbeamter. Beacht als solcher vom Staat sein Gehalt, und will ihm der Staat besonders entgegenkommen, so soll dieser ihm eine Wohnung ausbauen und nicht der Kreis. Außerdem kritisierte der Redner einen Artikel des „Tiegenhofener Wochenblattes“ vom 1. Dezember „Beliebte Männer“. Er meinte, die Männer, die in Deutschland nach Ansehen des Arztes gehen, reagieren hier den Freikampf, und was machen diese, sie sorgen vornehmlich für sich. Indem sie keine Rücksicht auf die finanziell schlechte Lage des Freikampfes nehmen, sondern sich hohe Gehälter bewilligen lassen wollen. Eine größere Antikrisenwirtschaft, wie sie jetzt geübt wird, habe es noch nie gegeben. Diefelbe Gesellschaft verlanat, da sie einmal als Senatoren gewählt wurden, bis Lebende vom Freikampf verlorat zu werden. So leben die Männer aus, wie sie das „Tiegenhofener Wochenblatt“ auch für Deutschland verlanat. Nach dem Entwurf des Zonats kommen 500 unmittelbare Staatsbeamte für den nächsten Freikampf in Betracht, außer den mittelbaren. Wegen dieses ganze Umweien kann nur eine geschlossene Zonatsdemokratie erfolgreich wirken.

Ausdehnung des ostpreussischen Buchdruckerkreises. Die Ausdehnungsbewegung unter dem technischen Personal der Provinzdruckereien hat bis Dienstag vor-mittag Tilsit, Ansternburg, Gumbinnen und Stallupönen erfasst. Es wird mitgeteilt, Es wird mitgeteilt, daß die Buchdruckerelbisher sich zur Zahlung der tariflichen Zulagen bis Ende Dezember (1) bereit erklärt haben, jedoch verlangen die Streikenden, daß sie auch den angekündigten Austritt aus der Tarifgemeinschaft zurückziehen.

Furchtbare Dynamitexplosion.

In der Dynamitfabrik Nobel in Saarlautern ereignete sich gestern nachmittags ein furchtbares Unglück. In der Nitroforperschmelze entstand ein Brand und im nächsten Augenblick explodierten sämtliche Sprengstoffe, die dort lagerten. Der Brand dehnte sich auf die weitere Umgebung aus und Völsarbeiten konnten nicht vorgenommen werden, da weitere Explosionen zu befürchten waren.

Eine Anzahl Verletzte konnte sich aus den Trümmern retten. In dem brennenden Vertriebe sollen sich noch etwa 50 Personen befinden. Da mit der Gefahr neuer Explosionen zu rechnen ist, können Rettungsmannschaften an die Unglücksstelle nicht heran. Ein Teil des Waldes steht in Flammen. Bis auf große Entfernungen sind die Fensterscheiben gesprungen. Genauer läßt sich noch nicht feststellen. Die letzte Meldung, die einlief, spricht von über 100 Toten. Bis her sind 13 Verletzte geborgen worden. Die Zahl der Verwundenen läßt sich noch nicht feststellen. Die Fabrik ist zum größten Teil zerstört. Die Häuser der näheren Umgebung sind zum Teil abgedeckt. Der Schaden ist ungeheuer. An eine Wiederaufnahme der Arbeit ist für geraume Zeit nicht zu denken. Französische Truppen und Saarpolizei haben das Gelände abgesperrt.

Aufklärung.

An alle Verbraucher von Zigarren, Rauch-, Kau- und Schnupf-Tabak!

Um den vielen irrtümlichen Auffassungen der Raucher, daß die Tabakfabrikate von der allgemeinen Teuerung nicht betroffen seien, entgegen zu treten, halten wir es für unsere Pflicht, folgende Aufklärungen zu veröffentlichen:

1. Die überseeischen Rohtabake sind infolge der Valuta um das Fünffache gestiegen.
2. Der Einfuhrzoll auf Rohtabake ist um 200 Prozent erhöht worden und beträgt außer der Wertsteuer **Mk. 26.—** für ein Pfund.
3. Die allgemeinen Unkosten sind, wie überall, auch in unseren Betrieben gewaltig gestiegen.

Diese Angaben dürften genügen, um die jetzt einsetzende Preissteigerung aller Tabakfabrikate zu rechtfertigen und zwar selbst unter Berücksichtigung, daß noch Lagerbestände zu alten Preisen vorhanden sind, zumal auch diese bereits der Zoll-erhöhung unterliegen.

Verein der Danziger Tabakindustriellen.

Danziger Nachrichten.

Der Sieg der freien Gewerkschaften bei den Gewerbegerichtswahlen.

Freie Gewerkschaften 31 Vertreter, Christen 8, Polen 1.

Die am Sonntag stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen haben erneut den Beweis erbracht, daß die Arbeiterchaft des Freistaates in den freien Gewerkschaften ihre Interessenvertretung erblickt. Von den 38 Besitzern des Gewerbegerichtes stellen die freien Gewerkschaften 31. Das ist erfreulich. Aber das Resultat hätte noch viel besser sein können, wenn alle Gewerkschaftler ihrer Wahlpflicht gemaß hätten. Die Liste der Hirsch-Dunderliden Gewerkschaften fiel aus, weil sie nicht formgerecht eingereicht war. Die Polen traten zum ersten Male mit einer eigenen Liste auf den Plan. Mit knapper Not haben sie einen Vertreter erhalten. In verschiedenen großen Bezirken, wie Vansdorf, Neufahrwasser und Bräsen ist nicht eine einzige politische Stimme abgegeben worden. In dem großen Arbeiterbezirk Chra wurde ein politischer Stimmzettel abgegeben.

Nachstehende Zusammenstellung gibt Aufschluß über das Wahlergebnis in den einzelnen Bezirken:

Wahlbezirk.	Abgegeb. Stimmen	Freie Gewerksch.	Polnische Gewerksch.	Christliche Gewerksch.	Ungültige Stimmen
1. Schule Almodengasse	378	335	20	23	—
2. " Langgarten	290	245	17	28	—
3. " Winterplatz	295	238	3	53	—
4. " Schwarzes Meer	250	195	7	54	—
5. " Heil. Geistgasse	348	302	12	34	—
6. Peirische Kaufplatz	661	557	17	87	—
7. Schule Rieders Seigen	736	615	30	91	—
8. " Neuphottland	497	475	5	17	—
9. " Langgasse	598	433	—	165	—
10. " Schildgasse	828	661	35	132	—
11. " Neufahrwasser	491	348	—	56	—
12. " Bräsen	79	68	—	11	—
13. " Lauenhof	156	136	4	16	—
14. " Neubude	—	—	—	—	—
15. " Zoppot	435	210	24	201	—
16. " Ohra	375	298	7	69	—
17. " Ohra	692	515	1	176	—
18. " Drauß	155	145	—	10	—
19. " Sobbowitz	—	—	—	—	—
20. " Oberkahlbude	—	—	—	—	—
21. " Meißerswalde	—	—	—	—	—
22. " Bürgerwiesen	211	211	—	—	—
23. " Goitzwalde	1	—	—	—	ungültig
Summa:	7415	5773	182	1157	302

Verschiedene Bezirke stehen noch immer aus, darunter Heimbude, das sich durch übergrößer Mehrheit für die Liste der freien Gewerkschaften gestimmt hat.

Die Lohnbewegungen in der Metallindustrie.

Wir berichteten vor einigen Tagen über den Gang der Verhandlungen in der Metallindustrie. Die Danziger Werft und Artillerie-Werkstatt haben inzwischen mit die Kinder- und Frauenaufzucht ihren Arbeitern bewilligt, damit ist die sogenannte „soziale“ Entlohnung auch in Danzig der restlosen Verwirklichung näher gekommen. Das Unternehmertum kann bei jeder passenden Gelegenheit den Mund nicht voll genug von dem großen Wohlgefühl für die Verheirateten und kinderreichen Arbeiter nehmen, und befragt sich über die „unverständigen“ Arbeitervertreter, die von dieser „sozialen Wohltat“ wenig erbaut sind, ja sie sogar abzulehnen wagen, wo doch sie, die Arbeitervertreter, gerade das größte Interesse an dieser Entlohnungsart haben sollten. Dabei vergessen, nein verhehlen die Unternehmer die Tatsache, daß für sie der billige Arbeiter der branchenfeindlichste ist, weil er ihnen mehr Profit abwirft als der teuerste. Bei der „sozialen“ Entlohnung wie sie die Unternehmer jetzt einzuführen sich anschicken, wird in der Praxis der Kinderreichste der sein, der bei Arbeitsmangel zuerst entlassen wird, oder, wenn er arbeitslos ist, am längsten auf Einstellung

warten müssen. Wir wünschen, daß die Arbeiter nur zu bald über die „soziale Wohltat“ werden klagen müssen. Immerhin, die trostlosen Zustände haben auch in der Berliner Metallindustrie zu dieser Entlohnungsart geführt. Die Danziger Werft verkündete am 3. Dezember, daß sie, da sie gegenüber den andern Unternehmern nicht allein vorgehen könne, ab 1. Dezember 40 Pf. pro Stunde und Abend und 40 Pf. pro Stunde und Nacht zahlen wird.

Der Allgemeine Arbeitgeberverband und die Verbände der Elektroindustrie sowie der Klempnermeister und der Heizungsbauindustrie, boten für Dezember eine einmalige Teuerungszulage von 20, 150 und 30 Mt., auch diese Angebote wurden als ungenügend abgelehnt. Wie wir hören, wird der Schlichtungsausschuß am Sonnabend, den 10. Dezember in dieser Sache verhandeln. Einige Unternehmer können nicht umhin, jetzt schon ihren Unwillen über diese Forderungen dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie die Arbeiter entlassen. Als ob der Arbeiter schuld an der Teuerung hätte.

Vergeblüh bemüht

hatte sich der Kurhauspächter J. B. Gold aus Bräsen, der gegen den Genossen Weber als verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“ eine Privatklage wegen Verleumdung angestrengt hatte. Die Verleumdung erblickte er in einem in der „Volksstimme“ unter der Überschrift „Gefesselter“ erschienenen Artikel. In diesem war kritisiert, daß Gold, der wegen Heberrettung einer Verordnung, die die gewerkschaftliche Stellenvermittlung im Gastwirtschaftenverbot, aus „Unkenntnis freigesprochen“ war, sich erneut der Vermittlung des Stellenvermittlers Ende bediente. Gold schloß sich durch die der Notiz gegebenen Heberrettung „Gefesselter“ beleidigt. An einer heute vormittag stattgefundenen Verhandlung mußte das Schlichtungsgericht den Gen. Weber bereits auf Grund des § 20 des Pressegesetzes freisprechen, da er zur Zeit des Erscheinens der Notiz in Berlin war. Genosse Weber war für eine etwaige Verhandlung jedoch auch zur Erbringung des Wahrheitsbeweises bereit. Ueber die Verhandlung selbst, die interessante Einzelheiten darüber gab, wie unangelegen bestimmt streifen unsere öffentliche Kritik ist, werden wir morgen noch berichten.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Weichselholzarbeiter.

Infolge der seit Abschluß des letzten Tarifvertrages eingetretenen Verteuerung sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel haben sich die Weichselholzarbeiter gezwungen, trotz des bestehenden Tarifvertrages den Arbeitgebern neue Forderungen zu unterbreiten, da die bisher gezahlten Löhne von 5,65 bis 5,90 Mark bei weitem nicht ausreichen, um auch nur die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen. In der letzten Woche fanden Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. Die Arbeitgeber erkannten die Notlage der Arbeiterschaft an und bewilligten auf die bestehenden Löhne, welche bis zum 31. Januar 1922 Gültigkeit haben, eine Teuerungszulage von 1,50 Mark pro Stunde. Die Stundenlöhne betragen ab 1. Dezember 7,15 bis 7,40 Mark. Die am Montag stattgefundenen Verhandlungen der Arbeitnehmer nahmen zu diesem Angebot Stellung und erklärten sich mit demselben einverstanden.

Arbeiterauschuss-Wahl auf der Danziger Werft

Bei der Arbeiter-Auswahl-Wahl am 3. Dezember wurden 2860 gültige Stimmzettel abgegeben. Davon entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 1756, der S. D. Gewerkschaften 627, der christlichen Gewerk-

schaften 480 Stimmen. Demnach erhalten die freien Gewerkschaften 11 ständige Mitglieder, 22 Ersatzleute; die S. D. Gewerkschaften 4 ständige Mitglieder, 8 Ersatzleute; die christlichen Gewerkschaften 3 ständige Mitglieder, 6 Ersatzleute.

Die Vorzahlung an die Senatsbeamten. In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses wurde zu Beginn die Vorzahlung an die Beamten und Angestellten erörtert. In der letzten Ausfrage wurde vom Senat bekräftigt, daß in einzelnen Fällen, z. B. in der Postkasse, Mittel zur Deckung vorhanden seien. Es sei nicht möglich, die Vorzahlungen, die 30 Millionen Mark betragen, vor Sonnabend, den 10. bzw. Montag, den 12. Dez. zu zahlen.

Zur Milderung der Vahlerereien sind, wie der Senat auf eine kleine Anfrage aus dem Volkstag mitteilt, Verhandlungen im Gange. Diese zielen darauf hin, für Danziger Staatsangehörige eine gänzliche Aufhebung des Durchreisepflichtvermerks herbeizuführen. Am Ausblick darauf soll für ausländische Staatsangehörige einer Notenermächtigung für mehrmalige Hin- und Rückreise stattgegeben werden.

Erwischt. Der Arbeiter P. S. hat am 3. Dez. im Warenhaus der Firma Grunow u. Perlewig ein Kleid im Werte von 2000 Mark gestohlen. Das Kleid ist ihm abgenommen und S. dem Gericht zugeführt worden.

Standesamt vom 7. Dezember 1921.

Todesfälle. Verwaltungsdirektor der städtischen Arbeiterhäuser Albert Gwerz, 61 J. — Frau Maria Roth geb. Schroeder, 58 J. 6 Mon. — Frau Maria Meinte geb. Neumann, 70 J. 9 Mon. — Eigentümerin Alara Helld, 87 J. 4 Mon. — T. d. Arbeiter Friedrich Hebrant, 10 Mon. — T. d. Schlossermeister Ernst Reinhardt, 5 Mon. — Witwe Anna Gutzeit geb. Wlasow, 61 J. 1 Mon. — Frau Alwine Gaiser geb. Radt, 67 J. 10 Mon. — T. d. Kriegerin Alwine Franz geb. Pabow, 8 Mon. — Witwe Oda Wendt geb. Haake, 84 J. 1 Mon. — Marineoberleutnant a. D. Hermann Heinrich, 86 J. 9 Mon. — Witwe Wilhelmine Vortel geb. Grohau, 81 J. 10 Mon. — Witwe Bertha Gries geb. Brühl, 76 J. 7 Mon. — Kollektant Gustav Rindt, 57 J. — Unschuldig 1 Tochter.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polsche Mark: (Ausgl. 6,10)	6,35	am Vortage	6,70
Dollar:	205		229
Engl. Pfund:	840		930
Frans. Franken:	15,10		10,25

Wasserstandsberichte am 7. Dezember 1921.

5. 12. 6. 12.		5. 12. 6. 12.	
Kowisch	+0,90 +1,06	Montaurergrube	-0,69 -0,68
Marthau	+0,88 +0,93	Viechel	-0,87 -0,69
Pleik	+0,84 +0,90	Dirschau	+0,60 +0,58
	6. 12. 7. 12.	Einlage	+1,92 +1,90
Thorn	+0,66 +0,65	Schwarzenhorst	+2,14 +2,22
Kordon	+0,07 -0,02	Schöndau O. P.	+6,76 +
Gulm	+0,70 -0,09	Galgenberg O. P.	+4,70 +
Graudenz	+0,44 +0,40	Neuhofenbrühl	+2,02 +
Kurzebrach	-0,47, -0,48	Amwache	+ +

Eisbericht vom 7. Dezember. Weichsel: Von Kilometer 0 (Schiffbau) bis Kilometer 87 Eisstand, bis Kilometer 89 einzelne Schollen, bis Kilometer 100 Eisstand, bis Kilometer 102 schwaches Eisstreifen, bis Kilometer 119 Eisstand, bis Kilometer 168 einzelne Schollen, bis Kilometer 218 Eisstand, bis zur Mündung eisfrei. Eisbrechdampfer: Ossa, Montau und Regat in Einlage, die übrigen in Danzig-Stratau.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für Anzeigen Bruno Gwert in Litva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Einwohner Danzigs!

Am 1. Januar 1922 sollen die neuen Zollsätze in Kraft treten. Eine ungeheure Teuerung wird damit wirksam.

Danziger protestiert in Massen!

Zeigt der Regierung des Freistaates und unsern Volksvertretern Eure Besorgnis. Verlangt Aufschub und Abänderung der Zollsätze! Kommt alle zu der Versammlung am Donnerstag, d. 8. Dezember, abds. 7 Uhr

in der Sporthalle

Referenten: Fabrikbesitzer Konrad Lück, Frau Stadtverordnete Richter, Gewerkschaftssekretär Ediger.

Allgemeiner Arbeitgeber-Verband für Danzig u. Umg.
Arbeitgeberverband für Hoch- und Tiefbau zu Danzig.
Allgemeiner Gewerbeverein zu Danzig.
Berufsvereinigung der Ärzte der Freien Stadt Danzig.
Buchhändlerverein für den Freistaat Danzig.
Danziger Apothekerverein.
Danziger Beamtenbund.
Danziger Herdbuchgesellschaft.
Danziger Landbund.
Danziger Schuhhändlerverein.
Danziger Schweinezüchter-Gesellschaft.
Deutscher Frauendienst im Freistaat Danzig.
Deutscher Gewerkschaftsbund. — Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften. Gesamtverband deutscher Beamten- und Angestellten-Gewerkschaften.
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
Drogisten-Verband im Gebiet der Freien Stadt Danzig.
Gold- und Silber-Schmiede-Gewerbe, Danzig.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamten-Verbände — Gewerkschaftsbund der Angestellten — Allgemeiner Eisenbahner-Verband.
Verband d. deutschen Gewerkschaften Hirsch-Dunder.
Handwerkskammer.
Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Ortsgruppe Danzig.
Hausfrauenbund Danzig.
Haus- und Grundbesitzerverein e. V. Danzig.
Kleinhandl.-Verband für Obst und Gemüse.
Kleinmüllhändler-Verein.
Kaufmännischer Verein, Zoppot.
Kaufmännischer Verein 1870/71 e. V., Danzig.
Landesverband der Bauwirte im Freistaatsgebiet Danzig.
Möbelsachverband Deutschlands, Abt. Danzig.
Ortsverein der Detaillisten der Textilbranche.
Postbund Danzig.
Verband der Arbeitgeber im Schneidergewerbe.
Verband der Bürgervereine e. V., Danzig und Umg.

Verband der deutschen Apotheker.
Verband deutscher Eisenwarenhändler e. V., Bezirksgruppe Danzig.
Verband deutscher Zigarrenladenbesitzer.
Verband der Luxuswaren-Geschäfte im Gebiet der Freien Stadt Danzig.
Verband der Möbelbranche und verwandten Berufe im Freistaat Danzig.
Verband für den Papier- und Schreibwaren-Kleinhandel im Freistaat Danzig.
Vereinigung Danziger Importeure und Exporteure e. V., Danzig.
Verein der Fischindustriellen, Danzig.
Vereinigung der Großkonfektionäre und Großhändler in Textilwaren e. V., Danzig.
Verein der Likörfabrikanten der Freien Stadt Danzig.
Vereinigung Selbstständig Gewerbetreibender, Zoppot.
Verein der Weingroßhändler des Freistaates Danzig.
Wirtschaftsverband Danziger Gewerbe.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7 Uhr:
Dauerkarten A 1.

Der Pfarrer von Kirchfeld

Vollständigt in 5 Akten von P. Hagenau.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Wenz.
Inspektion: Emil Werner.

Graf Peter von Finsterberg . . . Heinz Brede
Baron, dessen Revisor . . . Georg Harder
Herr, Pfarrer von Kirchfeld . . . Arthur Armand
Brigitte, seine Haushälterin . . . Jenny v. Weber
Vetter, Pfarrer von St. Jakob . . . Fritz Blumhoff
in der Fährd . . .
Anna Wichmeier, ein Dirndl aus . . .
St. Jakob . . . Martha Kaufmann
Nicht Verlobter . . . Ferdinand Heuert
Thalmüller Kolsch . . . Ehrenfried Daus
Der Schutzmeyer von Alstötting . . . Gustav Nord
Der Wirt an der Wegscheide . . . Albrecht Gausche
Sein Weib . . . Joh. Prof. Kallische
Kannst, beider Sohn . . . Erika Fels
Der Wirtsepp . . . Carl Brühl
Weninger, Bauernburche . . . Eud. Prentzloff
Ende nach 10 Uhr.

Freie Volksbühne

Danziger Festspiele (Werkspielschauspiel).

Am Sonntagabend, den 10. Dezember, 8 Uhr. Serie A.

Armut

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Anton Wildgans.
Schauspielung G. H. H. Anfang pünktlich 7 Uhr.

Ausgabe der Platznummern erfolgt nur gegen
Vorzeigung der Mitgliedskarte am Saaleingang.
Der Beitrag für Dezember muß bezahlt sein.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Norman

Heute, Mittwoch, den 7. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr
Kasseneröffnung 6 Uhr.

Die Fledermaus

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Freitag, den 9. Dezember, 7 1/2 Uhr:
„Die Fledermaus“

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlensäure,
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse.

„Libelle“
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Lichtbild-Theater

Apollo III. Damm 3. 1500
Spielplan v. 7. bis 9. Dezemb. 1921
3 Sensationstage

Das wandelnde Licht!

Detektiv-Abenteuerfilm in 5 Akten

Frank Norton . . . Leopold Bauer

Die fliegenden Briganten

II. Teil: Die Rache des Mongolen
Detektivdrama in 5 Akten

3000 Mark Bezahlung

Detektiv-Lustspiel in 2 Akten



Zigaretten

für Qualitäts-Raucher
aus feinsten

orientalischen Tabaken

No 18
J. BORG

Baltikum

Zoppotas m. M.

J. B.

Stambul
Gold :: Kork

Mondain

Mitgliederversammlung

am 9. Dezember, abends 8 Uhr

in der Aula der Petrischule, Hansaplatz.

1. Vortrag: Die Reize im besetzten Gebiet. — Bericht über die XII. Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine. — Nationale Frauenaufgaben (Bekämpfung der Schuldlage). Referent: Marie Meyer-Rottmannsdorf.
 2. Aussprache.
 3. Verschiedenes.
- Unsere Mitglieder und ganz besonders die auswärtigen werden dringend gebeten, um der Wichtigkeit eines neuen nationalen Arbeitsgebietes willen auf einen zahlreichen Besuch der Versammlung hinzuwirken.

Deutscher Frauendienst.

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3

neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung eleg. Herrenanordnungen nach Maß

Spezialabteilung für

Damen-Kostüme und -Mäntel

Herren-, Knaben- und Kinder-Konfektion

Berufskleidung. (4780)

Volkspflege

Gewerkschaftlich-Bewerkschaftliche Versicherungs-Vereine
— Sterbekasse. —
— Klein-Versicherung. —
— Krankentage-Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenhofen 35.

Arbeiter Bildungsausschuß Oliva

Donnerstag, den 8. Dezember, 7 Uhr abends
im Physikalischen Saal des Lyzeums
Vortrag mit Lichtbildern:

Ein Ausflug ins Weltall.

Eintritt 1.— Mark.

Linden-Restaurant und Café

Altstädtischer Graben 93

Gegenüber der Markthalle

Täglich:

Internationale Jazz-Band-Kapelle

(6 Herren)

Jeden Sonntag ab 4 Uhr:

Kaffee-Konzert

Warme Küche bis 3 Uhr nachts geöffnet

Weichblei

kauft

Buchdruckerei „Danziger Volksstimme“

Am Spandhaus 6.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.



Geschäftserweiterung

Um den großen Anforderungen, die zeitweise,
namentlich während der Markttage an unser Ge-
schäft gestellt werden, besser noch wie bisher
genügen zu können, haben wir unmittelbar
neben unserm Hauptgeschäft im Hause

Junkergasse Nr. 9 eine

Spezial-Abteilung

für

Wirtschafts-Seifen

eingerichtet. Die Räume sind ohne Ausstattung, sie dienen nur dem Zweck
einer schnellen Kundenabfertigung.

Verkauf zu Originalpreisen

Bis auf weiteres bieten wir in unserer Spezial-Abteilung folgende Waren an:

Kernseifen

Doppelstück 200 Gramm 6.00

Doppelstück 250 Gramm 7.50

Doppelstück 400 Gramm 12.00

garant. mindestens 60% Fettgehalt

Toiletteseifen

Blumenseife sort. Gerüche 3.00

Toiletteseife 100 Gramm 5.90

Badeseife extra groß, rund 9.50

äußerst milde Qualitäten

Geschenckpackungen

Toiletteseife 3 Stück in elegantem 15.00

Karton

Reizende Neuheit:

Seifenpuppen Stück 9.00

Alle hier nicht aufgeführten Artikel sind nach wie vor in unserem Hauptgeschäft erhältlich.

Danziger Seifenhaus

Telephon 3432

Junkergasse Nr. 10 — 11.

Nähe Markthalle

VORWARTS ALMANACH 1922

In Tisdruck hergestellt,
reich illustriert, enthält er
viele interessante Auf-
gaben über wichtige Gegen-
stände, ferner Li-
zählungen, Anekdoten,
u. a. m. für Jung und alt.
Preis in künftl. Mehr-
farbendruck 4 Mark 4.—
Buchhandlung
„Volkswacht“
Am Spandhaus 6 u.
Paradiesgasse 32

Elegante Maßanfertigung

mit erprobter fach-
männischer Leitung.

Großes Stofflager.

Verkauf auch meterweise.

Schallmach

Breitgasse 10, Ecke Kohlengasse,
früher Goldene 10. (5416)

zum Kampf um die Schule!

Das Schulprogramm der Sozialdemokratie

von RICH. LOHMANN
Ein prakt. Handbuch für
Eltern, Lehrer und Er-
zieher, das nicht nur
die Forderungen der
Sozialdemokratie zu-
sammengestellt sind,
sondern auch die näch-
sten Möglichkeiten zur
Schulreform dargelegt
werden.
Preis Mark 0.50

Buchhandlung
„Volkswacht“
Am Spandhaus 6 und
Paradiesgasse 32.

Stenographie

Einzelunterricht 4971
Tages- u. Abendkurse.
Otto Siede, Neugarten 11. I

Jugendlicher

Bote

(Schreibgewandt) wird per
Sofort gesucht.

Meldungen unter Vor-
legung von Schulzeugnissen,
selbstgeschriebenen Lebens-
lauf und Referenzen Be-
dingung. (5691)

Seveliusplatz 1-2,
Zimmer 50.

Empfehle mich den ge-
ehrten Herrschaften bei
Festlichkeiten, Hochzeits-
feiern, Dinners, Jagdfeiern
zur Bedienung.
Eugen Klein, Lohnbedienter,
Al. Hofenmährgasse 11. (4